

# Pressemitteilung

Deutscher Tierschutzbund Landestierschutzverband Niedersachsen e.V.

09.08.2019

## **Landestierschutzverband Niedersachsen fordert eine nachhaltige am Gemeinwohl orientierte Förderung der Landwirtschaft**

**Der Weltklimarat fordert im aktuellen Bericht, die gesamte Kette der Erzeugung und des Konsums von Nahrungsmitteln zu überdenken. Eine ausgewogene Ernährung, die verstärkt auf Gemüse und Getreide setze, könne dazu beitragen.**

Der Weltklimarat stützt indirekt den Vorstoß des Deutschen Tierschutzbundes. Dieser hatte jüngst eine Besteuerung von tierischen Inhaltsstoffen in Nahrungsmitteln vorgeschlagen, um so die Tierbestandszahlen zu reduzieren und damit die CO<sub>2</sub>-Emission, die Belastung des Grundwassers und der Böden zu minimieren.

Der Landestierschutzverband Niedersachsen fordert die Politik auf, das Steuerrecht für Nahrungsmittel mit tierischen Inhaltsstoffen auf Grundlage der Nachhaltigkeit auszurichten. Hierzu ist eine Gesamtbilanz auf energetischer oder auch auf Proteinbasis zu erstellen. Die Frage dabei lautet: Wieviel Ressourcen muss ich aufwenden, um ein Nahrungsmittel zu produzieren, welchen tatsächlichen Nährwert erreiche ich für den Menschen und wie wirkt sich die Produktion auf die Umwelt aus.

Es ist Aufgabe der Politik, die Erfordernisse der Bürgerinnen und Bürger mit den freiheitlichen Wünschen und Begierden Einzelner in Einklang zu bringen. „Die Freiheit des Einzelnen, Nahrungsmittel mit tierischen Inhaltsstoffen jederzeit und ohne Einschränkungen zu konsumieren und dieses Recht auch für sich in Anspruch zu nehmen hört jedoch da auf, wo durch dieses Verhalten eine Schädigung des Gemeinwohls eintritt,“ so Dieter Ruhnke, Vorsitzender des Landestierschutzverbandes Niedersachsen.

Im Rahmen von Umwelt, Ökologie und Wirtschaftlichkeit könnten die in Deutschland durch die Tierhaltung verursachten Schäden in den Verkaufspreis mit einbezogen werden. Hierzu muss auch zwischen Export und dem Binnenmarkt unterschieden werden. „Es ist nicht erklärbar, warum die in Deutschland durch den Export von billigen tierischen Produkten entstandenen Schäden von der Allgemeinheit getragen werden müssen und nicht durch den Verursacher“, so Ruhnke.

Wofür der Staat diese Einnahmen einsetzt, entscheidet allein die Politik. Sie hat es somit in der Hand hat, zusätzliche Einnahmen in einem zweckgebundenen Topf, zum Beispiel für eine Verbesserung der Tierhaltung sowie für die Umwelt einzusetzen. Damit würde eine nachhaltige am Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft in Deutschland gefördert. Der aktuelle Bericht des Weltklimarates, aber auch der Bericht der wissenschaftlichen Beiräte für die Agrarpolitik und für die Biodiversität des Bundeslandwirtschaftsministeriums aus dem Juni 2018 sind mehr als nur eine Aufforderung“, mahnt Dieter Ruhnke.